

# Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen

## Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster

*Peer Pasternack*

Wissenschaft ist aus systematischen, hermeneutischen und methodischen Gründen auf zweierlei Betrachtungsebenen angewiesen. Nicht allein die externen Untersuchungsgegenstände sind zu bearbeiten, sondern immer auch die Erkenntnisprozesse selbst, deren Voraussetzungen, Bedingungsgefüge wie ihre externen Wirkungen zu reflektieren. ‚Wissenschaftliche Selbstreflexion‘ ist das diesbezügliche Stichwort. Wenn wir dies voraussetzen, liegt eine Annahme nahe: Ein wissenschaftsgeschichtlich ziemlich beispielloser Vorgang wie der ostdeutsche Wissenschaftsumbau müsste zu besonders intensiver Selbstreflexion Anlass gegeben haben. Betrachten wir jedoch die Debatten in den einzelnen Disziplinen, so ist eine recht differenzierte Diskussionsintensität festzustellen. – Besichtigen wir dies zunächst für die Fächer im einzelnen und fragen sodann nach möglichen Gründen für Unterschiede wie Gemeinsamkeiten.

### 1. Die Einzeldisziplinen

Die **Erziehungswissenschaft** stellte im Fächerspektrum eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Sie hatte sich als einzige Fachdisziplin dazu durchgerungen, ihren Auftritt in Ostdeutschland einer selbstorganisierten Evaluation zu unterziehen: in Gestalt einer entsprechenden Vorstandskommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, 1992 eingesetzt, und einer nachfolgenden Enquête-Kommission, von 1994-1996 arbeitend (vgl. Kell 1994; Kell/Olbertz 1997). Zugleich

kümmerte man sich in diesem Fach intensiv um Bestandsaufnahmen der Disziplin in der DDR. Diese sind ausführlich dokumentiert (vgl. Pasternack 1999, 360-377).

Im übrigen neigt die Mehrheit der westdeutschen ErziehungswissenschaftlerInnen zu einer – „insgesamt betrachtet“ – Erfolgssicht des ostdeutschen Umbaus. Hier nutzte schließlich eine unangepasste Fraktion (noch) Nichtetablierter ihr 1992 gegründetes *Jahrbuch für Pädagogik*, um die Kollegenmehrheit mit aktuellen Stellungnahmen und Dokumentationen zu den problematischeren Aspekten der Vorgänge zu ärgern.<sup>1</sup> Das scheint der disziplininternen Repräsentation des vorhandenen Meinungsspektrums auch bei diesem Thema durchaus förderlich gewesen zu sein. Zugleich wurden damit die Gründe für die Einsetzung der Enquête-Kommission etwas stärker verdeutlicht.

Ein Sonderfall in anderer Hinsicht als die Erziehungswissenschaft war die **Geschichtswissenschaft**. Hier hatten Auseinandersetzungen gleich 1990 begonnen. Das Fach ist dann wie keine andere Disziplin unter einer sowohl regen fachinternen Diskussion wie fachexternen publizistischen Begleitung umgebaut worden, dabei mit gelegentlich nur marginalem Bezug auf wissenschaftsübliche Argumentationsstandards. Beteiligt waren innerhalb des Faches, grob differenziert, drei Gruppen: die etablierten DDR-Historiker; der von jüngeren Historikern gegen die offiziöse DDR-Historikergesellschaft Anfang 1990 gegründete Unabhängige Historikerverband (UHV), der sich durch inhaltliche und politische Bezugnahme auf die DDR-Bürgerrechtsbewegung zu legitimieren suchte; schließlich die etablierte westdeutsche Historikerschaft.

Offen ausgetragen wurden in den Debatten vornehmlich folgende Fragen: Was ist Moral in der (Geschichts-)Wissenschaft, und wie moralisch muss resp. darf die (Geschichts-)Wissenschaft sein? Gibt es einen Strafanspruch der Nichtarrivierten gegenüber den Arrivierten in der DDR-Wissenschaft? Verträgt sich frühere Systemnähe mit heutiger Beschäftigung im öffentlichen Dienst? Wer darf die DDR-Geschichte erforschen?

Ausgiebige Diskussionen zur Geschichte der Geschichtswissenschaft in der DDR verbanden sich also durchgehend mit der Auseinandersetzung um ihre Neugestaltung. Die Grundlinien der Diskussionen verdichtend lässt sich sagen: Von den involvierten westdeutschen Fachvertretern wurden vornehmlich Schuleninteressen verfochten und Ressourcenverteilungskonflikte ausgetragen. Für einige der beteiligten West-Fraktionen waren dabei die ost-internen Auseinandersetzungen

---

<sup>1</sup> *Jahrbuch für Pädagogik* 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, Frankfurt/M. 1992; *Jahrbuch für Pädagogik* 1993, Frankfurt/M. 1993; vgl. auch die nachfolgenden Ausgaben. Zur Sicht der ostdeutschen Betroffenen, die der Umbau aus den Strukturen herausgeschleudert hatte, vgl. exemplarisch Buddin (1994, 250-308).

durchaus den eigenen Anliegen förderlich. Im übrigen gab es eine fraktionübergreifende Fähigkeit zum Kompromiss bei der Aufteilung der Reviere.<sup>2</sup>

Auch die innerostdeutsche Auseinandersetzung um die Neugestaltung des Faches verharnte nicht bei symbolischer Prestigeverteilung. Zugespitzt in der Frage „Wem gehört die DDR-Geschichte?“ brachte der UHV die Probleme auf einen personenbezogenen Punkt: Wer darf weiterhin öffentlich finanzierte Forschung betreiben? Die Antwort schien nicht schwer. Denn zugleich hatte der UHV eine Gegenpolitisierung der Geschichtswissenschaft zu forcieren gesucht: Arbeiten zur DDR-Geschichte werden unter der politischen, mithin vorwissenschaftlichen Prämisse der Illegitimität der DDR und ihres politischen Systems favorisiert. Auf der anderen Seite beharrten die vormals etablierten DDR-Historiker auf der ebenso vorwissenschaftlichen Prämisse der Legitimität der DDR und ihres politischen Systems. Das schränkt die Reichweite der Fragestellungen naturgemäß ebenso ein.

In solcherart bewegter See konnte die etablierte (West-)Zunft ihre Schiffe recht zielsicher in die ostdeutschen Häfen steuern. Am Ende hat keiner der Kapitäne umkehren müssen. Niemand ist völlig leer ausgegangen.<sup>3</sup>

Etwas anders verhielt es sich in der **Philosophie**. Hier wurde die Neuordnung erst vollzogen, um sie hernach intensivst zu debattieren. Die Debatte fand mithin statt, als nichts mehr zu ändern war. Im Januar 1996 erst provozierte ein Beitrag in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* eine anhaltende Diskussion.<sup>4</sup> Die Jahre zuvor hatte dagegen einhelliges Schweigen geherrscht – übrigens bei ost- wie westdeutschen Philosophen. Eine Disziplin, der gemeinhin eine besondere Neigung zum Nachdenken über sich selbst nachgesagt wird, veranstaltete nun also eine nachholende Debatte.

Eine verspätete Diskussion hat freilich auch Vorteile. Die Betrachtung kann von den Ergebnissen her geschehen. Wenn alles gelaufen ist, darf die Umbaufolgenanalyse auf prozessuale Rücksichtnahmen verzichten: Ein „Augias-Stall“ war „auszumisten“, war von der Jenenser Westberufung K.-M. Kodalle (1996, 503) zu vernehmen. Der Ostüberlebende H.-U. Wöhler, TU Dresden, informierte in der gleichen Zeitschriftennummer über die „Ahnungslosigkeit“ von Leuten, die „die

---

<sup>2</sup> Vgl. etwa den auf dem Historikertag in Leipzig 1994 gezogenen Schlussstrich um die Diskussion zum Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam, damals unter der Leitung von Jürgen Kocka, und dessen Hintergründe (dargestellt bei p.p.: Editorial, in: *hochschule ost* 6/1994, S. 7-11).

<sup>3</sup> Die Debatten und ihre Grundlagen sind zugriffsfreundlich dokumentiert: vgl. den bibliographische Wegweiser in Pasternack (1999, 321-340).

<sup>4</sup> Schneider (1996). Zur darauf folgenden Debatte vgl. deren Dokumentation: Pasternack (1998).

getane Arbeit mit dem Ausmisten eines Augiasstalles verglichen“ (Wöhler 1996, 508). Das war dann immerhin einmal eine klar benannte Differenz.

Den debattenauslösende Beitrag hatte der aus Amerika nach Leipzig gekommene, in tribalistischer Perspektive westdeutsch einzuordnende Assistent Ulrich Johannes Schneider verfasst. Er hatte nach Veränderungen in der Philosophie infolge des deutsch-deutschen Umbruchs gefragt. Er sah keine. Der akademische Betrieb must go on. Schneider kritisierte, dass die deutsche Universitätsphilosophie „aus einer Selbstverständlichkeit in die andere... geraten (scheint), ohne daß eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte“ (Schneider 1996, 149). Dass die "Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde, erweist sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten." (Ebd., 158)

Zwar hatte es bis 1996 in der Philosophie keine wahrnehmbare Debatte über ihren eigenen Umbau gegeben. Ihre DDR-Geschichte hingegen war umso intensiver thematisiert worden. Zahlreiche Forschungs- und Publikationsprojekte holten die Leichen der DDR-Philosophie aus dem Keller:<sup>5</sup> Ernst Bloch, Wolfgang Heise, Peter Ruben, Lothar Kühne, zu nennen auch Günther Jacoby oder Robert Havemann und Rudolf Bahro.<sup>6</sup> Andere Projekte beleuchteten eine Reihe von Aspekten der politischen Geschichte der DDR-Philosophie. Dabei hatte sich anfangs zunächst eine verstörende Überraschung ergeben: Kaum war die DDR-Philosophie ihres politisch-systemischen Bezugsrahmens verlustig gegangen, lagen zu ihr bereits zwei externe Überblicksdarstellungen vor (Kapferer 1990; Wilharm 1990). Einer ihrer beiden westdeutschen Autoren, Norbert Kapferer, hatte dann auf Kritiken an seiner Arbeit reagiert, indem er ergänzende Sichtweisen einiger ostdeutscher Philosophen publizierte (Kapferer 1994).

Doch, wie gesagt, vom zugleich stattfindenden Umbau des Faches in Ostdeutschland blieben diese Auseinandersetzungen völlig entkoppelt – und die ausführlichste Wortmeldung übrigens war eine belletristische, sinnigerweise wie inhaltlich nachvollziehbar im Eulenspiegel-, einem Satire-Verlag erschienen. (John Erpenbeck: Aufschwung. Roman, Berlin 1996. Beschrieben wird darin der Weg eines einst international angesehenen, nunmehr abgewickelten ostdeutschen Philosophie-Professors hin zum Gründer und Leiter eines kommerziellen „Instituts für

<sup>5</sup> Vgl. die bibliographische Übersicht bei Pasternack (1998a).

<sup>6</sup> Bahro und Havemann waren im eigentlichen keine Philosophen, sondern Soziologe bzw. Physikochemiker. Sie werden aber durch den Umstand, dass sie sich mit sozialphilosophischen Thesen dissidentisch profilierten, oft der DDR-Philosophiegeschichte zugerechnet.

wissenschaftliches Handlinienlesen“ mit atemberaubendem Geschäftserfolg, der ihm schließlich als erfolgreichstem Existenzgründer in Ostdeutschland das Bundesverdienstkreuz einträgt. Ein durch und durch satirischer Plot, unaufdringlich gestaltet, der nahezu alle realsatirischen Momente des deutsch-deutschen Vorgangs der letzten Jahre fokussiert, bis hin zu hierzulande ungewohnt neuen Schwerpunkten aufklärerischen Wirkens: Für die durch die Lektüre neu Interessierten ist auch ein „Brevier der Chiromantie“ eingehftet – und für die standhaft Bleibenden dies auf andersfarbigem Papier, des einfacheren Überblätterns wegen.)

Dies – die intensive Bearbeitung der DDR-Fachgeschichte und das gleichzeitige Beschweigen des aktuellen Umbaus – fand und findet sich auch bei anderen Disziplinen.

So liegen für die **Sprach- und Literaturwissenschaften** unterdessen zahlreiche, z.T. anspruchsvolle Darstellungen ihrer DDR-Geschichte vor: Darstellungen, die zugleich allerdings einer reflektierenden Bezugnahme auf die nach-89er Entwicklung vollständig entbehren. Auch aufsehenerregende Kontroversen gab es dabei bislang nicht. Das (anonyme) DDR-Gutachterwesen etwa, eine für die germanistische Literaturwissenschaft in der Tat bestehende politische Hypothek, harrt noch systematischer Aufarbeitung.<sup>7</sup> Anfangs, 1990/91, waren gemeinsam mit westdeutschen Kollegen Kolloquien zur Geschichte der DDR-Sprach- und Literaturwissenschaften durchgeführt worden, damit wohl nicht zuletzt Informationsbedarf auf West-Seite bedienend. Fachorgane öffneten der Dokumentation dieser Veranstaltungen ihre Seiten, so dass die Dinge übersichtlich vorliegen (vgl. Pasternack 1999, 348-355).

Der Umbau seit 1990 selbst wurde als politischer Vorgang nicht und in fachlicher Hinsicht mäßig diskutiert. Es gab die fachüblichen Debatten über die systematische Ein- und Zuordnung der sprach- und literaturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen in den Korpus der Fakultäten. Daneben spielte die kulturwissenschaftliche Öffnung des Faches eine gewisse Rolle. (Vgl. Pasternack 1996b, 125-144) An diesem Punkt fiel zufällig eine aktuelle westdeutsche Debatte mit dem Ost-Umbau zusammen. Mithin war auch dies nicht primär durch die ostdeutsche Entwicklung induziert.

Einerseits ganz ähnlich, andererseits völlig abweichend von den Sprach- und Literaturwissenschaften verhielt es sich bei den **Juristen**. Im Zuge der intensiven wissenschaftlichen Bearbeitung des DDR-Rechtssystems wurden zwar auch einige

---

<sup>7</sup> In der Dokumentation von Mix (1993) zur Publikationsgeschichte des Hinze-Kunze-Romans von Volker Braun findet sich schon einmal an einem Einzelbeispiel gezeigt, wie sowohl fördernd als auch behindernd Literaturwissenschaftler in Publikationsvorgänge einzugreifen vermochten.

anspruchsvolle Studien zur DDR-Rechtswissenschaft vorgelegt (vgl. Pasternack 1999, 404-410). Die Neugestaltung des Faches jedoch fand sich nicht streitig gestellt.

Die Gründe dafür sind recht simpel: Zum einen ist die etablierte westdeutsche Rechtswissenschaft sich selbst sehr gewiss. Die Systematik des Faches gilt weithin als unhinterfraglich. Gleiches ist für die curriculare Gestaltung des Ausbildungsganges zu sagen, unbeschadet dessen, dass dieser Ausbildungsgang den außeruniversitären Repetitor zwingend erforderlich macht. Zum anderen galten den westdeutschen Juristen die ostdeutschen Kollegen nicht als solche.<sup>8</sup> Hierbei trafen sie sich mit den **Wirtschaftswissenschaftlern**. Eine Debatte über die Modalitäten des Umbaus der Disziplinen erübrigte sich damit. Man ging von einem planierten Gelände aus. Auf diesem konnten die rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Landschaftsparks angelegt werden, ohne früheren Bewuchs ins Kalkül ziehen zu müssen.

Schließlich musste zudem eine Anzahl von Professuren besetzt werden, die die beiden Fächer überforderte. Wer westelbisch habilitiert war, konnte in den neuaufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nicht abgewiesen werden. (Dass sich aber auch unter diesen Bedingungen die paradigmatische Immunität etwa der Wirtschaftswissenschaften bewährte, indem, gleichsam als Konfessionsvorbehalt, ein Bekenntnis zu den normativen Grundlagen des bestehenden Wirtschaftssystems Berufungsvoraussetzung war – dies versteht sich von selbst. Vereinzelt Bewerbungen, die daran scheiterten, berühren – angesichts der verschwindenden Größenordnung diesbezüglicher Vorkommnisse – den Gesamtbefund nur marginal.) Insofern brauchte sich niemand streiten, da (fast) alle zufriedengestellt werden konnten.

Diese Fächer müsste denn auch Dieter Simon, Wissenschaftsratsvorsitzender der Zieldefinitionsphase, gemeint haben, als er 1995 feinsinnig polterte: Heute seien im Westen „auch hintere Ränge völlig geräumt“. Noch „die drittklassigste Begabung (wurde) aus dem Wartestand erlöst und (gibt) sich mit souveränem Schulterklopfen als Kollege zu erkennen, wo sie bestenfalls zum Taschenträger bestimmt schien“. Und die große Chance, die sich im Osten ergab, sei häufig zu groß gewesen „für die geringe Fassungskraft der Begünstigten“ (Simon 1996, 208). Vertreter

---

<sup>8</sup> Dabei gab und gibt es einzelne Ausnahmen: Karl Bönninger, Uwe-Jens Heuer, Hermann Klenner, Rolf Lieberwirth und Karl A. Mollnau. Vgl. hierzu auch die von den Fachüblichkeiten etwas abweichende deutsch-deutsche Vereinigungsgeschichte in der Rechtsphilosophie, dargestellt bei Dreier (1996). Sich Respekt zu verschaffen vermochte schließlich auch Rosemarie Will als Übergangsdekanin der Juristen an der Berliner Humboldt-Universität.

anderer Fächer dagegen waren wohl sachlich im Recht, als sie Simon verzerrte Realitätswahrnehmung vorwarfen.

Die Akzeptanz der Ost-KollegInnen war in einer ganzen Reihe von Fächern nicht ungebrochen. Die Umbaumodalitäten freilich gestalteten sich nicht überall gleich. In der **Soziologie** bspw. galten die ostdeutschen Fachvertreter als zwar Schmutzkinder, aber als solche doch irgendwie zur Familie gehörend. Entsprechend war es im gegenseitigen Umgang durchaus etwas zivilisierter zugegangen. (Übersehen müssten wir hier nur einmal die West-Aneignung der Ost-Gründung *Berliner Journal für Soziologie* auf kaltem Wege, ein von stilistischen Verwerfungen nicht freier Vorgang: Über Nacht fand sich dort 1992 das buchstäblich ahnungslose ursprüngliche Herausgeberkollegium durch ein neues, westdeutsch dominiertes ersetzt. Vgl. Schäfers 1992; Hg. Meyer 1997, 38-40)

Nicht dass die Ergebnisse in der Soziologie wesentlich anders aussähen als in vielen anderen Fächern: Ende 1993 waren die erste Welle der ostdeutschen Soziologie-Neuberufungen weitgehend abgeschlossen. Von 38 ProfessorInnen kamen 31 aus West-, fünf aus Ostdeutschland und zwei aus Österreich. Von 72 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen stammten zwei Drittel aus West- und ein Drittel aus Ostdeutschland (Kreckel 1994).<sup>9</sup> (Bei der Bewertung dieser Ergebnisse der Besetzungsverfahren muss indessen auch berücksichtigt werden, dass es in Westdeutschland weitaus mehr SoziologInnen gab/gibt als in Ostdeutschland, wo die Soziologie geradezu ein Orchideenfach gewesen war.) 1997 hatte sich das Verhältnis bei den Berufenen zugunsten der Ostdeutschen verschoben: Von dann 53 Professoren an ostdeutschen Universitäten waren 11 in der DDR promoviert oder habilitiert worden (wobei zwei sog. Professoren alten Rechts sind). (Kaube 1998, 297) Dennoch verbirgt sich dahinter eine insgesamt nur geringe Verbleibsquote ostdeutscher SoziologInnen im akademischen Bereich. Diese wird vorwiegend der empiristischen Ausrichtung der DDR-Soziologie zugeschrieben (und der entsprechend einseitigen Qualifikation der ostdeutschen Soziologen, die freilich unterdessen vielfach erfolgreich erweitert worden war). Wie sie auch immer bewertet werden, den erzielten Ergebnissen in der ostdeutschen Soziologie waren jedenfalls ebenso ost-westkommunikativ angelegte Bestandsaufnahmen des Faches in der DDR vorausgegangen, wie der Umbauprozess durchgehend unter Beteiligung Ost- wie Westdeutscher debattiert wurde (vgl. Pasternack 1999, 380-396).

Einen Sonderfall in mehrfacher Hinsicht stellt die (evangelische) **Theologie** dar. Sie stand zunächst, unmittelbar nach 1989, unter politischer Protektion. Diese äußerte sich insbesondere im kapazitativen Ausbau des Faches in den ansonsten

---

<sup>9</sup> Zu detaillierteren Auskünften über Verbleib und Beschäftigung ostdeutscher SoziologInnen vgl. auch Schlegel (1995) m.w.N.

vornehmlich von Abbau betroffenen Universitäten. Sodann nahmen, wie die Pfarrer in der Politik, zahlreiche Theologen im Wissenschaftsumbau zentrale Positionen ein. Diese Exponiertheit weckte Aufmerksamkeit beim Publikum. Recht bald war die ostdeutsche Theologie in die kircheninternen Stasi-Debatten geraten. Aus dem Berliner Humboldt-Rektor Heinrich Fink hatte sie sich eine zentrale Projektionsfigur erschaffen. An Fink arbeiteten die unterschiedlichen Fraktionen des Faches ihr jeweiliges Verhältnis zur DDR ab. Eine symbolische Überfrachtung war die Folge. Fink war nur noch entweder Lichtgestalt oder der Leibhaftige. Vermischt fand sich all dies mit institutionellen Konkurrenzen durch die Auflösung der Kirchlichen Hochschulen und ihre Überführung in die Universitätsfakultäten. Im übrigen ging die ostdeutsche Theologie Debatten über interne Umgestaltungen eher aus dem Wege. An den fünf Universitätsstandorten der Theologie außerhalb Berlins bemühte man sich um möglichst geräuscharme Entsorgung tatsächlicher oder vermeintlicher politischer Problemfälle.<sup>10</sup>

Eine Reihe von disziplingeschichtlichen Studien und Dokumentationen zur DDR-Geschichte der Theologie ist zwar vorgelegt worden. Doch wurden diese kaum in eine Debatte dieses Themas eingespeist. Wo es nicht zu vermeiden war und – ähnlich der Kirche – weitgehend aus einer Abwehrhaltung heraus, stritt man mit externen Anfragern um die Vergangenheit.<sup>11</sup> Der Heidelberger Kirchenhistoriker Gerhard Besier etwa gab hier mit seinen umfänglichen Auswertungen von MfS- und DDR-Staatsakten Anlässe zu Richtigstellungen.<sup>12</sup> Solche wurden indes weniger vorgenommen, um die spezifische Akten-Hermeneutik Besiers zu hinterfragen.<sup>13</sup> Dafür hätte es immerhin einige Gründe gegeben. Vielmehr scheinen die Wortmeldungen aus der ostdeutsch-theologischen Insiderperspektive andere Motive gehabt zu haben: Der aktuelle Ausbau des Faches wurde wesentlich aus den Behinderungen in der DDR legitimiert, Nichtreaktion auf Vorwürfe zur politischen Vergangenheit der ostdeutschen Theologie hätte die augenblicklich erfahrene politische Protektion gefährden können.<sup>14</sup>

Inhaltlich beschränkten sich die Neugestaltungsdebatten in der Theologie auf zwei Dinge: Zum einen wurde die Ökumenik als Einfallstor des DDR-Staates in

<sup>10</sup> Vgl. Pasternack (1996b); zu den Quellen vgl. Pasternack (1996a; 1999, 315-320).

<sup>11</sup> Vgl. exemplarisch Hildebrandt (1993); Rat der Theol. Fak. der Universität Leipzig (1992).

<sup>12</sup> Vgl. G. Besier: Die kaderpolitische Entwicklung an den theologischen Fakultäten (1952-1963), in ders. (1993, 381-418); ders.: Protestantische Kaderbildung. Zur Geschichte der Theologischen Sektionen (1969-1989), in ders. (1995, 548-589).

<sup>13</sup> Eine Ausnahme bildete Beyer (1993).

<sup>14</sup> Vgl. etwa Kähler (1994), m.w.N.; Krötke (1994); Rendtorff (1993); Pasternack (1996b).



die Theologie identifiziert. Infolgedessen gibt es diese Teildisziplin heute so nicht mehr bzw. wurde z.T. ersetzt durch Missionswissenschaft. Zum anderen bewährte sich das Fach wie ein Mann in der Abwehr einer offenbar existentiell empfundenen Zumutung: dem Ansinnen, feministischer Theologie und/oder theologischer Frauenerforschung Wirkungsmöglichkeiten und Stellen zu eröffnen (vgl. Klank 1995).

In den anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern, die wir bisher noch nicht erwähnt haben, war es fast völlig ruhig geblieben. Es sind das die sog. Kleinen Fächer: **Wissenschaftsgeschichte, Musikwissenschaft, Kunstgeschichte, Orient-, Altertums- und Regionalwissenschaften**, aber auch die **Psychologie**. In diesen Disziplinen gab es lediglich den einen oder anderen einsam bleibenden Artikel, in Orientalistik und Musikwissenschaft auch jeweils eine Dissertation zu deren DDR-Geschichte (Hafez 1995; Klingberg 1997), und es gab vereinzelt Streit um Personen.<sup>15</sup> In der Kunstgeschichte und Musikwissenschaft waren vereinzelt die Arrivierten der Fächer ob ihrer Arriviertheit angegriffen worden. Sie revanchierten sich mit mehr oder weniger subtilen Hinweisen: Bei manchem der Kritiker habe der steckengebliebene Aufstieg auch andere als politische Gründe gehabt.<sup>16</sup>

Allerdings: Es konnte noch weitaus ruhiger zugehen. In den **Natur- und Ingenieurwissenschaften** gab es Erneuerung allein als ‚personelle Erneuerung‘. Diese wurde über die Gauck-Überprüfung geregelt. Zu diskutieren fand da niemand etwas. Dass auch die **Mathematik** vom ostdeutschen Wissenschaftsumbau betroffen war, wussten wir überhaupt nicht, wenn Helga Königsdorf dazu nicht einen Roman geschrieben hätte (Königsdorf 1993). Der Fakultätentag **Informatik** und die Deutsche **Veterinärmedizinische** Gesellschaft gaben dann immerhin noch Dokumentationsprojekte zur DDR-Geschichte ihrer Fächer in Auftrag. (Vgl. Pasternack 1999, 428-464).

Sehr ergiebig ist dagegen die Betrachtung der Vorgänge in der **akademischen Medizin** Ostdeutschlands. Hier vereinte sich vieles zu einer hohen Problemverdichtung.

---

<sup>15</sup> Etwa in der Ethnologie: Die Ethnologen hatten erst einen Leipziger Professor zum Vorsitzenden ihres gesamtdeutschen Fachverbandes gewählt. Dann war die durch diesen Hochschullehrer besetzte Stelle vom sächsischen Wissenschaftsministerium zur Besetzung ausgeschrieben worden. Daraufhin konnten sich die westdeutschen Aspiranten für eine solche Stelle über einen Punkt nicht einigen: Ob man denn nicht gleichzeitig dieses Verfahren der Ausschreibung nicht unbesetzter Professuren „im Prinzip“ ablehnen, sich aber trotzdem selbst auch auf die Stelle des soeben gewählten Verbandsvorsitzenden bewerben könne? Vgl. Pommerening (1993).

<sup>16</sup> Vgl. exemplarisch die Beiträge in *kritische berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften* 2/1991; insgesamt zu den Kleinen Fächern vgl. die Dokumentation der Quellen in Pasternack (1999, 341-359, 411-413).

Zunächst war die ostdeutsche Medizin zahlreichen Skandalisierungskampagnen ausgesetzt: Benutzung ahnungsloser DDR-Patienten als Testprobanden für in Erprobung befindliche westliche Pharma-Erzeugnisse, Spenderorganentnahme an Lebendpatienten, und zwar zur Verwendung wahlweise für greise Führungsfunktionäre oder devisenbringenden Organhandel, desweiteren systematische Psychiatriisierung politischer Gegner der DDR (prominentestes Beispiel: der frühere sächsische Innenminister Heinz Eggert) und die Ertrückung Frühgeborener in Wassereimern. In überraschender Eindeutigkeit haben sich dann sämtliche dieser Vorwürfe als – neutral formuliert – Recherchefehler herausgestellt.<sup>17</sup>

Immerhin aber: Die mit ständig neuen vermeintlichen Enthüllungen fortdauernd am laufen gehaltene Themenkarriere der ostdeutschen Medizin hatte auch etwas für sich. Sie beförderte einige aufschlussreiche Forschungsprojekte zur Geschichte des Faches in der DDR. Die Berliner Ärztekammer gab eine Oral history-Studie zur Charité 1945-1992 in Auftrag; die Medizinische Akademie Dresden nahm ihre Überführung in die Technische Universität zum Anlaß, ihre DDR-Geschichte in einem Publikationsprojekt zu reflektieren; am neugegründeten Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch wird die Geschichte des Bucher Instituts- und Klinikkomplexes erforscht – um nur drei Beispiele zu nennen. (Vgl. Pasternack 1999, 414-427)

Zugleich lieferte die Medizin auch ein plastisches Anschauungsbeispiel für die aktuelle Richtung der gesamtdeutschen Geschichtspolitik: Anfang 1993 hatte Klaus Dörner, Medizinhistoriker, Psychiater und Klinikchef in Gütersloh, bei der Bundesärztekammer finanzielle Unterstützung für ein ambitioniertes Projekt beantragt. Er wollte die Akten des Nürnberger Ärzteprozesses 1946/47 aufarbeiten und, da bis dahin nicht vorliegend, in deutscher Sprache edieren. Die Antwort erfolgte nach zwei Jahren Zeitspiel im Januar 1995: Dieses Vorhaben sei „weder mit den satzungsgemäßen Aufgaben der Bundesärztekammer noch mit den in den Heilberufs-

---

<sup>17</sup> Im Gegensatz zu den entkräfteten Vorwürfen fachlichen Missbrauchs der DDR-Medizin erwiesen sich zahlreiche Berichte über MfS-Bespitzelungen innerhalb medizinischer Einrichtungen als stichhaltig. Dies erhält zwar in solchen Institutionen ohne Zweifel eine spezifische Konnotation, vergleichbar jener, mit der das Thema in den Kirchen zu betrachten ist. Doch handelt sich dabei gleichwohl nicht um etwas Medizin-, sondern DDR-Gesellschaftsspezifisches. – Ein möglicherweise tatsächlicher Medizinskandal im übrigen ist nie Gegenstand abschließender Untersuchungen geworden: die wissenschaftliche Hintergrundstruktur des Dopings im DDR-Leistungssport. Das Institut, welches u.U. zur Aufhellung hätte beitragen können, die Forschungsstelle für Körperkultur und Sport (FKS) in Leipzig (aber nicht an der dortigen Sporthochschule DHfK), wurde durch Umwandlung in das Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT), finanziert durch das Bundesministerium des Innern, aus der öffentlichen Schußlinie genommen.

gesetzten geregelten Aufgaben der Landesärztekammern vereinbar.“<sup>18</sup> Nicht lange zuvor indessen, gleich nach der deutsch-deutschen Vereinigung, war von derselben Bundesärztekammer ein anderes Forschungsprojekt in Auftrag gegeben worden: „Ärztliches Handeln und politische Verfolgung von Ärzten in der SBZ/DDR“.<sup>19</sup> Dieses Projekt hatte ohne Zeitverzögerungen, satzungsrechtliche Bedenken oder finanzielle Mangelercheinungen gefördert werden können.

Schließlich hatte es in der Medizin auch einen handfesten Ost-West-Streit gegeben: über die in Westdeutschland üblichen Multiple choice-Prüfungen. Ost-Studierende kämpften einmütig mit ihren Ost-Professoren für die Mündliche Prüfung, wenn auch letztlich erfolglos. Dabei erhielt die Sache freilich auch einen merkwürdigen Beigeschmack: Bald nämlich war die Mündliche Prüfung zum nicht mehr steigerungsfähigen Höhepunkt zwischenmenschlicher Begegnung im Studium hochstilisiert worden. Die Gefahr subjektiver Verzerrungseffekte, wie sie mündlichen Prüfungen notwendig eignet, spielte aus taktischen Gründen keine Rolle mehr. (vgl. Streitfall Multiple Choice 1994; Westhoff 1995).

Die nachhaltigsten Diskussionen lösten jedoch in der akademischen Medizin die Entlassungen zahlreicher medizinischer Hochschullehrer aus. Sie erfolgten meist aufgrund „mangelnder persönlicher Integrität“.<sup>20</sup> Hier gab es klare Fronten innerhalb des Faches. Auf der einen Seite standen die sozialistischen Professoren (incl. derjenigen, die das nun gern vergessen gemacht hätten), auf der anderen solche Professoren, die sich in einer bürgerlichen Wissenschafts- und Ärztetradition stehend verstanden (incl. derjenigen, die das erst jetzt so richtig für sich entdeckten). Der ausgeprägte ordinariale Habitus, der beiden Gruppen eignete, machte sie für Außenstehende schwer unterscheidbar. Das hat vermutlich auch begünstigt, daß die Öffentlichkeit regen Anteil an den Einzelfällen nahm, meist unter dem Slogan: „International anerkannter Experte wird seinen Patienten weggenommen.“ Dies war ausnehmend populistisch, da es den eigentlichen Kündigungsgrund schlicht ignorierte, ihn damit bspw. auch nicht kritisierte.

In Einzelfällen zumindest hätte es für diese Kritik gute Gründe gegeben. Denn es passierte bei den mitunter sehr raschen Kündigungen auch manch merkwürdige Entscheidung: etwa, ein Beispiel zu nennen, die Kündigung des renommierten Charité-Urologen Peter Althaus wegen IM-Vorwurfs. Im nachfolgenden Prozess stellte sich heraus, dass das MfS die Unterschrift unter der Verpflichtungserklärung „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ (Urteilsbegründung) gefälscht hatte. Durchaus

---

<sup>18</sup> Zit. nach Engert (1995).

<sup>19</sup> Als Teilergebnis liegt Müller (1994) vor.

<sup>20</sup> Der formalen Korrektheit halber: Der Vorwurf wurde in den meisten nachfolgenden, auf dem Vergleichswege beendeten Verfahren nicht aufrechterhalten.

typisch war an diesem Falle eines: Erst hatten viele Kollegen ihre Betroffenheit über Althaus' vermeintliche IM-Tätigkeit der gleichfalls betroffenen Öffentlichkeit mitgeteilt. Dann war die zugrundeliegende Fälschung bekannt. Nun schwiegen alle zuvor so Mitteilungsfreudigen. Ein anderer solch merkwürdiger Fall war der des Hallenser Internisten F. Eckhard Ullrich, der ein suizidales Ende fand. Hier hätte die Gauck-Behörde durch Eingeständnis eines Irrtums das Schlimmste verhindern können. Dafür fand sie, nach Auskunft Friedrich Schorlemmers, „nicht den Mut“.<sup>21</sup>

Der Personalumbau in der akademischen Medizin lieferte jedenfalls zahlreiche und z.T. auch berechtigte Diskussionsanlässe. Dies traf auf den Umstand, dass es einen organisierten Akteur gab, der entsprechende Sensibilitäten aus der Geschichte der Bundesrepublik verkörperte: den Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ) mit Sitz in Frankfurt a.M. In einem hochskrupulösen Meinungsfindungsprozeß wurde zumindest eine Öffentlichkeit hergestellt, welche die entsprechende Diskussion gegenstandsangemessen führte.<sup>22</sup>

## 2. Erörterung

Unsere disziplinspezifischen Einzelbefunde sollen nun sortiert werden, wobei wir drei Kriterien nutzen wollen: Diskussionsintensität, thematische Debattenrichtungen und beteiligte Akteure. So lässt sich erklären, weshalb in einigen Fächern schon etwas mehr, in anderen beinahe nichts bekannt ist über umbauleitende Interessen, Motive und Deutungsmuster, zentrale wie unterdrückte Fragestellungen, strategische und taktische Koalitionen wie über Verteilungserfolge der disziplininternen Fraktionen usw.

### 2.1. *Diskussionsintensität*

Die Diskussionsintensität reichte von unterhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle bis zu zeitweilig überdrehter Hysterie.

In den Natur- und Ingenieurwissenschaften herrschte weitgehende Funkstille. Die kleinen geisteswissenschaftlichen Fächer ebenso wie die Psychologie, die

---

<sup>21</sup> ausführlicher und Nachweise bei Pasternack (1997).

<sup>22</sup> Ohne dabei verhindern zu können, mitunter gewaltig über das Ziel hinauszuschießen: etwa beim Vergleich von den in Rede stehenden Entlassungen mit dem Jahr 1933 und dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, vgl. VDÄÄ (1993, 10). Vgl. desweiteren: Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin (1993); Stein (1993).

Sprach- und Literaturwissenschaften und die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften wurden geräuscharm umgebaut. Auch Bemühungen um ihre DDR-Geschichte blieben hier überschaubar.

Für diese diskursive Stille sind verschiedene Gründe festzuhalten: Rechts- und Wirtschaftswissenschaft sahen sich nicht als eigentliche Erben ihrer DDR-Vorgänger. Das führte zu einer nur gering ausgeprägten Neigung, sich mit deren Vertretern auseinander zu setzen. Hinzu trat: Durch das Überangebot der zu besetzenden Stellen mussten keine westinternen Revieraufteilungskonflikte ausgetragen werden. In den Sprach- und Literaturwissenschaften, Kleinen Fächern, Psychologie sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften indessen hatte die verbreitete Ruhe andere Gründe. Diese Fächer sahen sich hinsichtlich ihrer DDR-Vergangenheit keinen oder mäßigen und dann nur zeitweiligen politischen Anfragen ausgesetzt. Ihr wissenschaftliches Prestige war, im Unterschied zu einigen anderen Disziplinen, zumindest nicht in Grund und Boden diskreditiert. Es mangelte also an unmittelbarem Klärungsdruck.

Einige andere Fächer dagegen wurden – vergleichsweise – geradezu Epizentren disziplinärer Selbstreflexion. Es betraf dies drei geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer: die Erziehungs- und die Geschichtswissenschaft wie die Soziologie, und es betraf die Medizin. Zwei dieser Fächer heben sich von den beiden anderen zusätzlich dadurch ab, dass sie nicht allein wissenschaftsintern umgebaut worden sind: Geschichtswissenschaft und Medizin schafften auch den Zugang auf den freien Markt der Nachrichtenpublizistik.

Inhaltliche Gründe dafür dürften bei der Geschichtswissenschaft in deren zentraler Bedeutung für die Geschichtspolitik liegen. Damit wird auch die außerwissenschaftliche Öffentlichkeit wesentlicher Adressat diesbezüglicher Auseinandersetzungen. Infolgedessen ist insbesondere das Feuilleton dankbarer Abnehmer entsprechender Themen und Texte. Bei der ostdeutschen Medizin war wohl dreierlei wesentlich für ihre publizistische Karriere: Medizinische Themen stoßen grundsätzlich auf ein allgemeines Interesse. In den konkreten Fällen handelte es sich um *Medizinskandale*, und solche sind vorzüglich zur Erhöhung des moralischen Komforts des Publikums geeignet. Desweiteren lassen sich medizinische Themen in aller Regel hinreichend anschaulich, also allgemeinverständlich aufbereiten. Sowohl für Geschichtswissenschaft wie für Medizin dürfte darüber hinaus wesentlich gewesen sein: In beiden Fächern gab es relativ homogene Akteursgruppen, die je eigene Kollektivinteressen formulierten und gezielt auf dem Nachrichtenmarkt platzierten.

## 2.2. *Thematische Debattenrichtungen*

Thematische Debattenrichtungen waren zweierlei möglich: Die Auseinandersetzungen konnten sich auf die jeweilige DDR-Fachgeschichte und/oder auf den aktuellen Umbauprozess (und damit implizit auch die Zukunft) des Faches beziehen. Von Interesse ist im weiteren, ob auf eines von beiden in einzelnen Fächern verzichtet wurde.

Als auffällig erweist sich in einigen Disziplinen die organische Verbindung der beiden Debattenrichtungen. In all den Fächern, die ihren Umbau intensiver diskutiert hatten, war zugleich auch eine ausgiebige Befassung mit ihrer jeweiligen DDR-Geschichte zu beobachten: Erziehungs- und Geschichtswissenschaft, Soziologie und Medizin. Diesen vier Fächern war auch ein weiteres gemeinsam: Sie sahen sich publizistischen oder politischen Angriffen hinsichtlich ihrer DDR-Geschichte ausgesetzt. Die Philosophie indes, gleichfalls Ziel solcher Angriffe, hatte sich (bis 1995) einer Auseinandersetzung über ihren Umbau entzogen. Hier folgten DDR-Geschichtsdebatte und (nachholende) Umbau-Diskussion zeitlich aufeinander und waren insoweit entkoppelt.

Wo die DDR-Fachgeschichte Gegenstand von intensiveren Aufarbeitungen war, ist bei der Inaugenscheinnahme des entsprechenden Publikationsertrags ein Aspekt nicht zu übersehen: Es war durchaus nicht nur das Motiv „Dies ist Geschichte, und Geschichte hat das Recht, geschrieben zu werden“ forschungsleitend. Eine Spezifik der ostdeutschen Wissenschaftstransformation 1990ff. bestand darin, dass diese eng mit Auseinandersetzungen um die Interpretationshoheit über die Vergangenheit verkoppelt war. Dies ergab sich daraus, dass die Beantwortung der Frage, welcher politische Umgang mit den ostdeutschen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und ihrem Personal angebracht sei, von den meisten Akteuren mit Deutungsmustern zur DDR-Hochschulgeschichte munitioniert worden war: Die Neugestaltung des ostdeutschen Wissenschaftssystems wurde von den Akteuren entweder in rigoroser Abgrenzung zum vorangegangenen DDR-Wissenschaftssystem betrieben oder im Versuch der Fortführung als positiv bewerteter Elemente, bisweilen auch im Streben nach einer Mischung beider Anliegen. Damit entstand ein Zusammenhang zwischen den Auseinandersetzungen um die Deutungskompetenz zur DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte und der aktuellen Gestaltungskompetenz in der ostdeutschen Hochschulpolitik.

Zugleich provoziert ein grundstürzender Vorgang wie die ostdeutsche Systemtransformation auf Grund seiner Konfliktbeladenheit das Bedürfnis, die aktuellen Veränderungen zeitnah zu dokumentieren, sei es zu deren Rechtfertigung oder um sie zu kritisieren. Diese Dokumentationen eines Umbruchs dürfen aber auch in einem weiteren wissenschaftsgeschichtlichen Sinne Interesse beanspruchen. Struktu-

ren – von Rollen ausfüllenden Personen und sozialen Interessen getragen –, neigen dazu, verschleiert, bspw. universalisiert oder naturalisiert zu werden. Der Erfolg dieser Verschleierung kann erheblich eingeschränkt sein, wenn plötzlich ein Bruch des Strukturgefüges auftritt und zu bewältigen ist. Eine solche Situation gab es 1989ff. Der zu bewältigende Gefügebuch machte auch die Tiefenschichten der Wissenschaftsstrukturen sichtbar(er): Die Gestaltbarkeit der Struktur erzeugte eine Dynamik, innerhalb derer ihre Sichtbarkeit deshalb zu Tage treten musste, weil der Zeitdruck Zwänge produzierte, die traditionelle Rücksichten wie akademische Etikette oder Normen wie Kollegialität oder Anciennität nur noch eingeschränkt zuließen. Insofern liefern die Dokumentationen zur Umgestaltung der wissenschaftlichen Disziplinen in Ostdeutschland auch reiches empirisches Material für den Vergleich von Normalphasen und Umbruchphasen in der Wissenschaftsentwicklung.

Insgesamt lässt sich sagen: Wo in den einzelnen Fächern der jeweilige Umbau debattiert worden war, dort spielten regelmäßig *Einzelfragen* wie die nach der fachlichen Kompetenz des ostdeutschen Personals, seiner persönlichen Integrität, der Notwendigkeit von fachinterner Pluralisierung, u.a. durch Ost-West-Durchmischung des Personals, oder die Modalitäten wie Techniken des Umbaus die wesentliche Rolle. Eine systematische Behandlung des Umbaus einzelner Fächer, die inhaltliche, strukturelle und personelle Aspekte verknüpft, ist dagegen nur ausnahmsweise vorgekommen.

Mehrere Fächer betrieben mit der Aufarbeitung ihrer DDR-Geschichte offenkundig Ersatzhandlungen für eine sorgfältig vermiedene Umbaudebatte. Dies betraf nicht nur die Philosophie bis 1995, sondern auch die Theologie, die Sprach- und Literaturwissenschaften sowie die Rechtswissenschaft.

### 2.3. Akteure

Auseinandersetzungen entstehen zwischen konfligierenden *Akteuren*. Dabei ist es hilfreich, wenn sich die Akteure als mehr oder weniger formelle Gruppen konstituieren. Einzelpersonen vermögen nicht unbedingt, ausdauernd wahrnehmbar zu bleiben. Zur Bildung von Akteursgruppen wiederum braucht es eine kritische Masse, d.h. hier eine Mindestpersonalstärke der jeweiligen Fachdisziplinen. Ohne diese minimale Personalstärke sind dauerhafte disziplininterne Fraktionierungen nur schwer möglich. Dies erklärt zum Teil, warum es in den Kleinen Fächern kaum Diskussionen über ihren eigenen Umbau gegeben hat. Diese Fächer benötigten ihre gesammelten Kräfte, um sich in den Verteilungskämpfen präsent zu halten.

In Erziehungs- und Geschichtswissenschaft, Soziologie und Medizin hingegen gab es relativ festgefügte Fraktionierungen. Diese lassen sich einesteils dies- und

jenseits von Ost-West-Konfliktlinien verorten. Sie wurden andernteils – zumindest in Geschichtswissenschaft und Medizin – gebrochen durch Ost-Ost- wie West-West-Interessenkonflikte. Dabei sich ergebende Schnittmengen partikularer Ost-West-Interessenlagen waren meist nur zeitweilig und eher taktischer Natur. Dies lässt sich bspw. für die Geschichtswissenschaft belegen, wo es anfangs Interessenüberlagerungen zwischen einem Teil der westdeutschen Historiker und dem ostdeutschen Oppositionsverband UHV gegeben hatte.<sup>23</sup>

In der Erziehungswissenschaft, Soziologie und Medizin scheint auch ein spezifisches Merkmal der Disziplinen im Westen die Hinterfragung des im Osten Ablauenden befördert zu haben: Dort gibt es fachintern kritische Traditionen, die sich auf 1968 beziehen. Sie erfassen selbstredend nicht das gesamte Fach, sind aber durch identifizierbare Gruppen und Personen präsent. Von ihrem 68er Bezug her sind sie in der Reflexion des Zusammenhangs von Wissenschafts- und Gesellschaftsentwicklung etwas trainiert.

Die oben verhandelte Diskussionsintensität ist zwar ein Indiz für den Umfang selbstreflektorischer Anstrengungen innerhalb einer bestimmten Wissenschaftsdisziplin. Sie sagt gleichwohl noch nichts über den Charakter der Debatten. Waren sie integrierenden oder ausschließenden Charakters? Bezogen sich die Wortmeldungen aufeinander? Waren die Diskussionsbeteiligten gleichberechtigt? Eine Betrachtung der Diskussionsakteure ergibt auch hier Erhellendes.

(1.) In drei der vier Disziplinen, die sowohl ihre DDR-Geschichte wie ihren Umbau seit 1990 intensiver debattiert hatten: Erziehungs- und Geschichtswissenschaft sowie Soziologie, lag die Zieldefinitions-macht für den Umbau nicht bei den ostdeutschen FachvertreterInnen. Sie lag bei ostdeutschen Administrationen und westdeutschen KollegInnen. Gleiches trifft für die Philosophie (mit ihrer seit 1996 geführten nachholenden Debatte) zu. Diese asymmetrisch verteilte Zieldefinitions-macht wirkte sich auch auf die Umbaudebatten aus: Es entstanden Debattantenhierarchien.

Allein die Medizin unterschied sich hier: Dort lag einerseits die Zieldefinitions-macht in bedeutendem Maße bei den ostdeutschen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen selbst. Andererseits war der Umbau des Faches zugleich von Diskussionen begleitet. Alle anderen Fächer mit einem ähnlich hohen Maß an Selbst-

---

<sup>23</sup> Nach Auslaufen des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP), von dem sowohl UHV- wie Nicht-UHV-Mitglieder profitiert hatten, zeigt sich: Der weitere Verbleib einzelner WissenschaftlerInnen, nun auf Etat- oder Drittmittelstellen, ist jedenfalls nicht davon abhängig, ob sie nach 1990 Verbündete beim Aufräumen in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft gewesen waren oder aber sich diesbezüglich eher zurückgehalten hatten. Stärker wirkt statt dessen, wieweit der Zugang zu den disziplininternen Netzwerken gelungen ist.



bestimmung hingegen – etwa die Naturwissenschaften – hatten selbstbestimmt auf eine Debatte ihres Umbaus verzichtet. Warum nun ausgerechnet in der ostdeutschen Medizin die Umgestaltung weitgehend autonom verlief und trotzdem nicht flächendeckend beschwiegen wurde? Dies dürfte sich aus den dortigen Akteuren ergeben. Was bspw. in die Erziehungs- und Geschichtswissenschaften von außen hineingetragen wurde, weil es in vier Jahrzehnten DDR verschüttet war, das war in der ostdeutschen Medizin nach wie vor personell und habituell präsent: ein ‚bürgerliches‘ Element. Entsprechend gab es in der Medizin eine nahezu klinisch reine Spaltung der Akteure zwischen den sozialistischen Professoren und den anderen.

Gründe für die unterschiedliche Verteilung der Zieldefinitions-macht sind zunächst im jeweiligen tatsächlichen oder vermeintlichen Professionalitätsniveau der einzelnen Disziplinen zu sehen. Dieses Professionalitätsniveau korrespondierte i.d.R. mit der Bindung der fachspezifischen Methodologie an das politische System: Wurde das methodologische Arsenal vom politischen Umfeld beeinflusst, etwa durch außerwissenschaftliche Grundannahmen, oder nicht? Entsprechend intensiv oder vernachlässigbar gestalteten sich nach 1989 politische Anfragen an die einzelnen Fächer. Dem entsprach, inwieweit die westdeutschen Disziplinen jeweils eine Kontinuitätslinie vom DDR-Fach zum nun in Ostdeutschland zu etablierenden Fach sahen. Am deutlichsten wurde eine solche Kontinuität in der Rechts- und der Wirtschaftswissenschaft bestritten. Entsprechend waren hier im Umbau auch keine relevanten ostdeutschen Akteure zu entdecken.

(2.) Aus der asymmetrisch verteilten Zieldefinitions-macht und den Debattantenhierarchien entstanden in den einzelnen Fächern getrennte Diskussionsstränge. Die Trennung verläuft an zwei Linien: zum einen an der zwischen Ost und West; zum anderen an jener Linie, die Etablierte (aus Ost wie West) und infolge des Umbaus Herausgefallene trennt. Die Herausgefallenen – Abgewickelte, Gekündigte, Vorruhestandler – haben sich vielfach in eingetragenen Vereinen zusammengeschlossen. Dort entfalten sie ein vom etablierten Wissenschaftsbetrieb kaum zur Kenntnis genommenes reges Tagungs- und Publikationswesen, akquirieren z.T. auch erfolgreich Drittmittel. Ihre Aktivitäten beziehen sich zwar nicht nur, doch nicht unwesentlich auch auf die Geschichte der DDR- und den Umbau der ostdeutschen Wissenschaft.

Die strikte Trennung der Diskussionsstränge verdankt sich vielfach auch massiven Außenangriffen, beobachtbar gewesen bspw. an der Philosophie. Die Folge waren Blockbildungen der Ostdeutschen. Früher (wie anhaltend) bestehende interne Differenzen konnten in dieser Situation nicht mehr ausgetragen werden. Sie wären als Solidaritätsverweigerung aufgefasst worden und hätten zur individuellen Marginalisierung innerhalb des marginalisierten Kollektivs geführt. In der Ge-

schichtwissenschaft hingegen gab es einen kombinierten Außen-Innen-Angriff: Nicht allein die westdeutsche Disziplin, sondern auch die ostdeutsche fachinterne Opposition hatten sich hier zu wahrnehmbaren Akteursgruppen konstituiert.

Publikationen sowohl von etablierten Einrichtungen und Verbänden wie aus den eingetragenen Vereinen der Nicht-mehr-Etablierten zeigen zwar immer einmal wieder das Bemühen, die getrennten Diskurse zusammenzuführen. Doch entstehen dabei nur höchst selten tatsächlich gemeinsame, d.h. aufeinander bezogene, aufeinander eingehende Diskussionen. Die Erfahrungswelten sind augenscheinlich kaum miteinander zu vermitteln.

### Literatur

- Besier, Gerhard (1993): Der SED-Staat und die Kirche, München
- Besier, Gerhard (1995): Der SED-Staat und die Kirche 1969 - 1990, Berlin/Frankfurt a.M.
- Beyer, Michael (1993): Vergangenheitsbewältigung zu wessen Bedingungen? Gerhard Besier und die Leipziger Theologische Fakultät, in: *Die Zeichen der Zeit* 3/1993, S. 100-109.
- Bolz, Alexander/Griese, Hartmut M. (Hg.) (1995): Deutsch-deutsche Jugendforschung, Weinheim/München.
- Buddin, Gerd/Dahlke, Hans/Kossakowski, Adolf (Hg.) (1994): Unfrieden in Deutschland 3. Weißbuch. Bildungswesen und Pädagogik im Beitrittsgebiet, Berlin.
- Dreier, Ralf (1996): Der Untergang der DDR und die Rechtsphilosophie, in: G. Haney et al. (Hg.), *Recht und Ideologie. Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag*, Freiburg/Berlin, S. 263-284.
- Engert, K.: „... nicht vereinbar“, in: *Konkret* 6/1995, S. 28.
- Erpenbeck, John (1996): Aufschwung. Roman, Berlin.
- Hafez, Kai (1995): Orientwissenschaft in der DDR. Zwischen Dogma und Anpassung, 1969-1989, Hamburg.
- Haney, Gerhard/Werner Maihofer/Gerhard Sprenger (Hg.) (1996): *Recht und Ideologie. Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag*, Freiburg/Berlin.
- Hildebrandt, Bernd (1993): ‚Wir alle mußten Kompromisse schließen‘. Integrationsprobleme theologischer Fakultäten an staatlichen Fakultäten der DDR, in: T. Rendtorff (Hg.), *Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR*, Göttingen 1993, S. 136-144.
- Jahrbuch für Pädagogik 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, Frankfurt/M. 1992.
- Jahrbuch für Pädagogik 1993, Frankfurt/M. 1993.
- Kähler, Christoph (1994): Wende an den Fakultäten?, in: *Evangelische Theologie* 6/1994, S. 551-565.
- Kapferer, Norbert (1990): Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988, Darmstadt.
- Kapferer, Norbert (Hg.) (1994): *Innenansichten ostdeutscher Philosophen*, Darmstadt.
- Kaube, Jürgen (1998): Soziologie, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin, S. 255-301.
- Kell, Adolf (Hg.) (1994): *Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Arbeitsberichte*, Weinheim 1994.
- Kell, Adolf/Olbertz, Jan-Hendrik (1996): Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft im Vereinigungsprozeß Deutschlands, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 9-16.

- Kell, Adolf/Olbertz, Jan-Hendrik (Hg.) (1997): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim.
- Klank, Irene (1995): Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin, in: *hochschule ost* 4/1995, S. 40-45.
- Klingberg, Lars (1997): „Politisch fest in unseren Händen“. Musikalische und musikwissenschaftliche Gesellschaften in der DDR. Dokumente und Analysen, Kassel.
- Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.) (1998): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin.
- Kodalle, Klaus-Michael (1996): Zur Erneuerung der philosophischen Institute. Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 503-507.
- Köhler, Gerd/Andreas Köpke (Hg.) (1996): "Wissenschaft als Beruf". Die Dokumentation der 15. GEW-Sommerschule '95, hrsg. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt a.M.
- Königsdorf, Helga (1993): Im Schatten des Regenbogens, Berlin.
- Kreckel, Reinhard (1994): Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn, hrsg. vom Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S.
- kritische berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften* 2/1991.
- Krötke, Wolf (1994): Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft, Tübingen.
- Meyer, Hansgünter (1997): Ansichten zum Berliner Journal für Soziologie. Eine vorwiegend quantitative Analyse, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 35-49.
- Mix, York-Gothart (Hg.) (1993): Ein 'Oberkunze darf nicht vorkommen'. Materialien zur Publikationsgeschichte und Zensur des Hinze-Kunze-Romans von Volker Braun", Wiesbaden.
- Müller, Klaus-Dieter (1994): Zwischen Hippokrates und Lenin. Gespräche mit ost- und westdeutschen Ärzten über ihre Zeit in der SBZ und DDR, Köln.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung "Geisteswissenschaften in der ehem. DDR" (Konstanz 1990). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig.
- Pasternack, Peer (1996a): Annotierte Bibliographie: Hochschule & Kirche, Theologie & Politik in der DDR und Ostdeutschland. Erscheinungszeitraum Herbst 1989 - 1996, in: P. Pasternack (Hg.), Hochschule & Kirche. Theologie & Politik, Berlin, S. 361-397.
- Pasternack, Peer (Hg.) (1996b): Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR, Berlin.
- Pasternack, Peer (1997): Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989, in: *hochschule ost* 2/1997, S. 116-143.
- Pasternack, Peer (Hg.) (1998): Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97, Leipzig.
- Pasternack, Peer (1998a): Philosophie & Philosophen in der DDR. Philosophie in Ostdeutschland nach 1989. Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998, in: P. Pasternack (Hg.), Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97, Leipzig, S. 195-230.
- Pasternack, Peer (1999): Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998, Weinheim.
- Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin – eine Debatte (1993), in: *hochschule ost* 12/1993, S. 7-41.
- Pommerening, Christian (o.J. [1993]) (Hg.): Der "Fall Treide". Dokumentation einer Debatte, Leipzig.
- p.p.: Editorial, in: *hochschule ost* 6/1994, S. 7-11.
- Rat der Theol. Fak. der Universität Leipzig (1992): Gegendarstellung, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1/1992, S. 113f.

- Rendtorff, Trutz (Hg.) (1993): Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR, Göttingen.
- Schäfers, Bernhard (1992): Notwendige Anmerkungen zum Wechsel der Herausgeber beim „Berliner Journal für Soziologie“. In: *DGS-Informationen* 3/1992, S. 45f.
- Schlegel, Ute (1995): Wo sind sie geblieben? Berufsbiographien ostdeutscher Jugendforscher seit der „Wende“, in: A. Bolz/H. M. Griesse (Hg.), *Deutsch-deutsche Jugendforschung*, Weinheim/München 1995, S. 128-173.
- Schneider, Ulrich Johannes (1996): Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149-159.
- Simon, Dieter (1996): Westliche Theorie – östliche Realität. Zur Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft im wiedervereinigten Deutschland, in: G. Köhler/A. Köpke (Hg.), *„Wissenschaft als Beruf“*, Frankfurt a.M. 1996, S. 207-216.
- Stein, Rosemarie (1993): Wie es Ärzten in der DDR erging, in: *F.A.Z.*, 2.6.1993, S. 14.
- Streitfall Multiple Choice, in: *hochschule ost* 2/1994, S. 39-58.
- VDÄÄ (1993) = Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte: Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern, in: *hochschule ost* 12/1993, S. 10-15.
- Westhoff, Karl (Hg.) (1995): 1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin: Multiple Choice, Lengerich/Berlin u.a.
- Wilharm, Heiner (1990): *Denken für eine geschlossene Welt. Philosophie in der DDR*, Hamburg 1990.
- Wöhler, Hans-Ulrich (1996): Die Erfahrung des Anderen, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 507-513.